

2900/AB XXI.GP

Eingelangt am: 10.12.2001

Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Heidrun Silhavy und GenossInnen vom 8. Oktober 2001, Nr. 2900/J, wie folgt:

Fragen 1 bis 3:

Eine Alternative zu den von der Bundesregierung gesetzten Maßnahmen im Bereich der Krankenversicherung wäre die generelle Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge. Meiner Ansicht nach ist eine Erhöhung dieser Beiträge aus folgenden Gründen möglichst zu vermeiden:

Das Weiterbestehen der beitragsfreien Mitversicherung ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes wäre insbesondere gegenüber Erwerbstätigen mit geringem Einkommen nicht gerechtfertigt. Des Weiteren würde eine generelle Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge sich ungünstig auf die wirtschaftliche Entwicklung durch Erhöhung der Lohnnebenkosten auswirken.

Die Regelung über die Ausnahme von der Einhebung des Zusatzbeitrages wird von der Zielsetzung getragen, Härtefälle weitgehend zu vermeiden.

Frage 4:

Dazu hat mir der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger eine Tabelle übermittelt, auf die ich verweise.

Beilage konnte nicht gescannt werden!!!